

Satzung
über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung
des Zweckverbandes Wismar (ZvWis)
- Gebührensatzung Niederschlagswasser (GS-NW) -
vom 08.05.2013

Aufgrund

- der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V S. 777 ff.),
- des Kommunalabgabengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.04.2005 (GVOBl. M-V S. 146 ff), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V S. 777, 833) und
- des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG M-V) vom 30.11.1992 (GVOBl. M-V S. 669), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 04.07.2011 (GVOBl. M-V S. 759, 765),

wird nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wismar vom 08.05.2013 folgende Satzung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Grundsatz
§ 2	Gebührenmaßstab
§ 3	Gebührensätze
§ 4	Minderung der gebührenpflichtigen Fläche
§ 5	Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
§ 6	Gebührenpflichtige und öffentliche Last
§ 7	Heranziehung, Fälligkeit und Vorauszahlung
§ 8	Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht
§ 9	Mahngebühren und Säumniszuschläge
§ 10	Ordnungswidrigkeiten
§ 11	Verfahrensfragen
§ 12	In-Kraft-Treten

§ 1 Grundsatz

(1) Der ZvWis betreibt in seinem Verbandsgebiet acht jeweils rechtlich selbständige öffentliche Einrichtungen zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung nach Maßgabe seiner Niederschlagswassersatzung.

(2) Für die Inanspruchnahme seiner öffentlichen Einrichtungen zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung werden vom ZvWis zur Deckung der Aufwendungen für deren Betrieb, laufende Unterhaltung und Verwaltung sowie der Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen einschließlich der angemessenen Verzinsung des aufgewandten Kapitals und der Abschreibungen Benutzungsgebühren erhoben.

(3) Der Gebührenpflicht unterliegen alle Grundstücke, die über einen Anschluss an eine öffentliche Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung verfügen und diesen Anschluss auch tatsächlich nutzen.

§ 2 Gebührenmaßstab

(1) Maßstab der Benutzungsgebühr ist die nach Absatz 2 gewichtete Summe der bebauten und / oder künstlich befestigten Grundstücksflächen des Grundstückes, die an die jeweilige öffentliche Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen sind, in Quadratmetern (gebührenpflichtige Fläche). Die Summe der bebauten und / oder künstlich befestigten Grundstücksflächen ist nach kaufmännischen Grundsätzen auf volle Zahlen auf- oder abzurunden.

(2) Die Benutzungsgebühr für Niederschlagswasser, welches auf befestigten Grundstücksflächen mit nachfolgendem Verminderungstatbestand anfällt, wird gemindert.

Die maßgebliche Fläche vermindert sich wie folgt:

Dachflächen (überdeckte Bodenfläche) mit Regenwasserspeichereffekt	um 50 %,
Flächen mit Pflaster oder Platten, in Sand o.ä. verlegt	um 30 %,
Flächen mit wassergebundenen Decken	um 30 %.

(3) Ein Grundstück gilt als an eine öffentliche Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen, wenn es nachfolgende Flächen aufweist:

a) alle bebauten und / oder künstlich befestigten Flächen, die direkt in die öffentliche Einrichtung zur Niederschlagswasserbeseitigung entwässern, d.h. deren abfließendes Niederschlagswasser über Dachrinnen, Hofabläufe, Terrassen, offen oder abgedeckte Rinnen etc. der öffentlichen Einrichtung zugeführt wird;

b) alle bebauten und / oder künstlich befestigten Flächen, die zwar nicht mit einer eigenen Ablaufvorrichtung ausgestattet sind, deren Niederschlagswasser jedoch indirekt in eine öffentliche Einrichtung zur Niederschlagswasserbeseitigung gelangt, indem es über Nachbargrundstücke, öffentliche Straßen, private Flächen etc. abläuft und eingeleitet wird.

(4) Die maßgebliche Grundstücksfläche wird anhand der durch den Grundstückseigentümer im Erklärungsbogen, der durch den ZvWis ausgereicht wird, vorgelegten Selbstangaben über die bebaute und / oder künstlich befestigte Fläche des Grundstückes ermittelt.

(5) Der Grundstückseigentümer hat den Erklärungsbogen spätestens innerhalb eines Monats nach Aushändigung durch den ZvWis wahrheitsgetreu ausgefüllt an den ZvWis zurückzugeben. Wird die Frist nicht eingehalten oder sind die Angaben unvollständig oder unzutreffend, ist der ZvWis berechtigt, die versiegelte Fläche und die Art der Versiegelung selbst zu ermitteln oder zu schätzen und abweichend festzusetzen.

§ 3 Gebührensätze

Der Gebührensatz für die Benutzungsgebühr beträgt je m² gebührenpflichtige Fläche:

Öffentliche Einrichtung	Gemeinde	Benutzungsgebühr Euro/m² pro Jahr
Einrichtung I	für das Gebiet der Gemeinde Hornstorf	0,56
Einrichtung II	für das Gebiet der Gemeinde Bad Kleinen	0,56
Einrichtung III	für das Gebiet der Gemeinde Barnekow	0,56
Einrichtung IV	für das Gebiet der Gemeinde Bobitz	0,56
Einrichtung V	für das Gebiet der Gemeinde Dorf Mecklenburg	0,56
Einrichtung VI	für das Gebiet der Gemeinde Hohen Viecheln	0,56
Einrichtung VII	für das Gebiet der Gemeinde Metelsdorf	0,56

§ 4

Minderung der gebührenpflichtigen Fläche

(1) Die gebührenpflichtige Fläche kann durch die Vorhaltung und den Betrieb von Niederschlagswasserrückhalteinrichtungen (z.B. Regenwassernutzungs-, Regenwasserversickerungs-, Regenwasserverrieselungsanlagen), durch die die jeweilige öffentliche Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung entlastet wird, gemindert werden. Berücksichtigung finden derartige Anlagen ab einem Mindestfassungsvolumen von 1 m³. Dabei wird die gebührenpflichtige Fläche je m³ Rückhaltungsvolumen um je 20 m² bebaute und / oder künstlich befestigte Fläche bis maximal zu den an die Niederschlagswasserrückhalteinrichtung insgesamt angeschlossenen Flächen gemindert.

(2) Sofern der Grundstückseigentümer nachweist, dass aufgrund der Beschaffenheit seines Grundstückes, der bebauten und / oder künstlich befestigten Flächen des Grundstückes oder sonstiger Umstände des Einzelfalles eine im Vergleich zum tatsächlichen Niederschlagswasseraufkommen wesentlich geringere Niederschlagswassermenge vom jeweiligen Grundstück in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlage eingeleitet wird, kann der ZvWis auf Antrag nach pflichtgemäßem Ermessen eine Reduzierung der gebührenpflichtigen Fläche vornehmen.

§ 5

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht beginnt jeweils mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Grundstücksanschlusses folgt. Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.

(2) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr bzw. bei Beginn der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.

(3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die jeweilige öffentliche Einrichtung. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.

(4) Die Gebühr entsteht mit Ablauf des Erhebungszeitraumes. Endet die Gebührenpflicht gemäß Absatz 3 vor dem Ablauf eines Kalenderjahres, entsteht die Gebühr mit Ablauf des Monats, in dem die Veränderung erfolgt.

§ 6

Gebührenpflichtige und öffentliche Last

(1) Gebührenpflichtig ist, wer nach grundsteuerrechtlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Mehrere Gebührenschnldner haften als Gesamtschnldner.

(2) Ein Wechsel in der Person des Gebührenschuldners nach Abs. 1 ist dem ZvWis unverzüglich anzuzeigen. Solange diese Anzeige unterbleibt, haften der bisherige und der neue Gebührenpflichtige für alle nach der Rechtsänderung entstandenen Gebühren als Gesamtschuldner.

(3) Die Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 7

Heranziehung, Fälligkeit und Vorauszahlung

(1) Die Heranziehung zur Benutzungsgebühr erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Dieser Bescheid kann mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden.

(2) Die Gebühr wird 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.

(3) Vom ZvWis können nach Maßgabe der ihm vorliegenden Angaben bzw. Erkenntnisse über die gebührenpflichtigen Fläche des jeweiligen Grundstückes Vorauszahlungen i. H. v. 100 % berechnet und gesondert oder mit dem Gebührenbescheid nach Abs. 1 erhoben werden. Der Vorauszahlungsbetrag ist 14 Tage nach Bekanntgabe des Vorauszahlungs- oder Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

(4) Die erhobenen Vorauszahlungen sind nach dem Ende eines Erhebungszeitraumes jeweils mit den festgesetzten Benutzungsgebühren zu verrechnen. Der Betrag, um den die Gebühr die erhaltenen Vorauszahlungen übersteigt, wird 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Unterschreitet der Betrag der Gebühr die erhaltenen Vorauszahlungen, wird der Differenzbetrag innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides an den Gebührenschuldner erstattet.

§ 8

Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

(1) Die Gebührenpflichtigen haben dem ZvWis jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Gebühr nach dieser Satzung erforderlich ist und zu dulden, dass Bedienstete oder Beauftragte des ZvWis das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen. Vor dem Betreten des Grundstückes meldet sich der Beauftragte des Zweckverbandes Wismar beim Eigentümer des Grundstückes an. Alle die Gebührenpflicht begründenden oder ändernden oder die Höhe der Gebühr beeinflussenden Tatsachen sind unverzüglich mitzuteilen und auf Verlangen durch notwendige Unterlagen nachzuweisen. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem ZvWis, sowohl vom Veräußerer, als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

(2) Jede Veränderung der bebauten oder künstlich befestigten Grundstücksfläche hat der Gebührenpflichtige unverzüglich, nachdem die Veränderung eingetreten ist, dem ZvWis schriftlich mitzuteilen. Der ZvWis ist berechtigt, bei verspäteter oder unterlassener Mitteilung über die Vergrößerung der maßgeblichen Grundstücksfläche, die beitragsfähige Fläche rückwirkend auf den Zeitpunkt der Veränderung der Grundstücksverhältnisse anzupassen.

§ 9

Mahngebühren und Säumniszuschläge

(1) Bei Zahlungsverzug können für die nach Erlass des Gebührenbescheides und Fälligkeit versandten Mahnungen Mahngebühren nach § 111 Abs. 3 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG M-V) erhoben werden.

(2) Für die nach dieser Satzung zu erhebenden Gebühren sind nach Ablauf der Fälligkeit Säumniszuschläge nach § 240 Abgabenordnung (AO) zu erheben.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig gemäß § 17 Abs. 2 Ziff. 2 KAG M-V handelt insbesondere, wer als Abgabepflichtiger vorsätzlich oder leichtfertig entgegen

- § 8 Abs. 1 oder 2 dieser Satzung seinen Auskunfts- oder Mitteilungspflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang nachkommt,
- § 8 Abs. 1 oder 2 dieser Satzung die Anzeige einer Rechts- oder Tatsachenänderung unterlässt

und es dadurch ermöglicht, Abgaben nach dieser Satzung zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 5 Abs. 3 KV M-V und § 134 Abs. 1 Nr. 17 LWaG M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 8 Abs. 1 den Bediensteten oder Beauftragten des ZvWis nicht ungehindert Zutritt zu seinem Grundstück im erforderlichen Umfang gewährt.

(3) Jede Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

§ 11

Verfahrensfragen

(1) Auf Gebühren sind die Vorschriften der AO (in der jeweils gültigen Fassung) entsprechend anzuwenden, sofern nicht speziellere Vorschriften anzuwenden sind. Abweichend von § 169 Abs. 2 Nr. 1 AO beträgt die Festsetzungsfrist für Gebühren gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 KAG M-V vier Jahre.

(2) Benutzungsgebühren werden im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigesteuert.

§ 12 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung des Zweckverbandes Wismar (GS-NW) vom 20.12.2005 außer Kraft.

Lübow, den 08.05.2013



Baasner
Verbandsvorsteher



Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 KV M-V nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

Lübow, den 08.05.2013



Baasner
Verbandsvorsteher

